

## 2-Ant-LMV-2025-Palästina-Antragspaket-1-10

### Antragspaket zu Israel/Palästina (1 - 10) Überarbeitung 08.10.2025

**Antrag der Ortsgruppe München der DFG-VK** an die LMV 2025, der Landesverband möge das in geeigneter Form veröffentlichen und das Antragspaket beim Bundesausschuß der DFG-VK im Dezember 2025 einbringen.

In Gaza werden nach wie vor ganze Familien durch Bomben ausgelöscht und tagtäglich wahllos Zivilist:innen umgebracht, unter ihnen viele Kinder. Hungernde Menschen suchen an den wenigen israelisch kontrollierten Ausgabestellen nach Hilfe und finden dort stattdessen den Tod. Unabhängige humanitäre Hilfe und Versorgung wird durch Israel blockiert und verhindert. Fast die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens befindet sich auf der Flucht.

Das Vorgehen der israelischen Regierung wird von Expert:innen und internationalen Organisationen seit Langem als Genozid beschrieben und vom Internationalen Gerichtshof als solcher untersucht. Während jede:r sehen kann, wie die israelische Armee Massengräuel in Gaza verübt, leugnet die Bundesregierung die systematische Gewalt.

In Anbetracht der grenzenlosen Gewalt im Nahen Osten und der katastrophalen humanitären Lage, insbesondere im Gazastreifen und im Westjordanland, stellen wir folgenden Antrag:

1. **Ungehindertes Zugang für humanitäre Hilfe:** Die DFG-VK fordert die Bundesregierung auf, mit allen ihren politischen und diplomatischen Möglichkeiten von Israel die sofortige Beendigung der völkerrechtswidrigen Blockade Gazas und den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu fordern.
2. **Humanitäre Aufnahme für Kriegsflüchtlinge aus Gaza und den besetzten palästinensischen Gebieten in Deutschland:** Die Zivilbevölkerung braucht dringend Hilfe. Neben der humanitären Aufnahme für Kriegsflüchtlinge ist insbesondere die umgehende Aufnahme und medizinische Versorgung von kranken und verletzten Schutzbedürftigen zu ermöglichen und die Realisierung mit den Regierungen Israels und Ägyptens zu vereinbaren.
3. **Sofortiger Stopp der Waffenlieferungen an Israel und in alle Krisen- und Kriegsgebiete weltweit:** In Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands fordert die DFG-VK die Bundesregierung auf, sämtliche Waffenlieferungen an Israel sowie in alle Krisen- und Kriegsgebiete weltweit unverzüglich zu stoppen.
4. **Freilassung aller Geiseln:** Die DFG-VK fordert von der Bundesregierung, sich für die Freilassung aller Geiseln und gemäß Genfer Konvention unrechtmäßig festgehaltenen Palästinenser:innen in israelischen Gefängnissen einzusetzen.
5. **Sofortiger Waffenstillstand:** Die DFG-VK fordert die Bundesregierung auf, sich entschiedener auf internationaler Ebene für einen sofortigen Waffenstillstand im

Israel-Palästina-Konflikt einzusetzen und den Schutz der Zivilbevölkerung einzufordern, um weiteres menschliches Leid zu verhindern.

6. **Vereinte Nationen aktiv unterstützen:** Die DFG-VK fordert die Bundesregierung auf, die internationale Gerichtsbarkeit und die Untersuchungskommission der Vereinten Nationen aktiv zu unterstützen.
7. **Entsendung von Blauhelmsoldaten:** Die DFG-VK fordert die Bundesregierung auf, sich in ihren Möglichkeiten für die Entsendung von UN-Blauhelmsoldaten in die Kriegsregion einzusetzen, um die Zivilbevölkerung zu schützen und den Weg für eine nachhaltige Friedenslösung zu ebnen.
8. **Ende der israelischen Besatzung und eine gerechte politische Lösung:** Die DFG-VK fordert die Bundesregierung auf, sich für ein Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung der palästinensischen Gebiete und für eine gerechte politische Lösung, die die Rechte und die Würde aller Beteiligten wahrt, einzusetzen, im Sinne des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 19. Juli 2024. Die Bundesregierung soll Maßnahmen ergreifen, damit der völkerrechtswidrige Siedlungsbau durch Israel sowie Gewaltakte von Siedler:innen unverzüglich beendet werden.
9. **Aussetzung des Assoziierungsabkommens Israel-EU:** Die DFG-VK fordert die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel, da dieses Abkommen beide Partner auf die Achtung der Menschenrechte verpflichtet. Die Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland sowie die fortgesetzte Besatzung der besetzten palästinensischen Gebiete verletzen diese Verpflichtungen. Im Übrigen kommt auch die EU selbst in vielen Fällen nicht der Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte nach.
10. **Recht auf Meinungsfreiheit schützen:** Die DFG-VK fordert die Bundesregierung auf, das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu schützen und die Delegitimierung und Kriminalisierung von grundgesetzlich geschützten Meinungsäußerungen im Zusammenhang mit Palästina/Israel zu beenden.

### **Begründung:**

Wir verurteilen den schrecklichen Überfall der Hamas und des islamischen Dschihad vom 7. Oktober 2023 auf israelische und internationale Zivilistinnen und Zivilisten. Wir sind solidarisch mit allen Opfern. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Wir verurteilen den unverhältnismäßigen israelischen Militäreinsatz in Gaza und die Übergriffe von radikalen Siedler:innen und der israelischen Armee im Westjordanland, die der palästinensischen Bevölkerung unermessliches Leid zufügen. Die Zahl der unschuldigen Opfer steigt gegenwärtig in kaum gekannte Dimensionen. Die Zahl direkter und indirekter Todesfälle im Gazastreifen beträgt laut einer kürzlich veröffentlichten Berechnung in der medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ geschätzt 186.000 Menschen. Das entspricht laut den Autor:innen 7-9 Prozent der Bevölkerung. Zu den indirekten Todesursachen gehören u.a. Krankheiten, die aufgrund der zerstörten Infrastruktur des Gesundheitswesens nicht oder nur unzureichend behandelt werden können, sowie die schwerwiegende Knappheit an Nahrung,

Wasser, Unterkünften und Medikamenten.<sup>1</sup> Die Zahl der Menschen und Familien, denen im Westjordanland Grund und Boden und die Existenz geraubt werden, steigt täglich. Bisher bietet dem Unrecht niemand Einhalt mit Ausnahme von gewaltfreien, zivilgesellschaftlichen Menschenrechtsorganisationen, oft unter Einsatz ihres Lebens. Die rechtswidrige und aggressive Landnahme vonseiten des israelischen Staates sowie israelischer Siedler:innen erschwert eine grundsätzliche Konfliktlösung nach dem grausamen Krieg weiter. Die anhaltende Gewalt und die massiven Menschenrechtsverletzungen im Gazastreifen und in den besetzten palästinensischen Gebieten sind zutiefst beunruhigend und fordern ein entschiedenes Handeln der internationalen Gemeinschaft. Die in den letzten beiden Jahren eskalierte Situation hat zu einer untragbaren humanitären Notlage und zum plausiblen Völkermord in Gaza geführt. Dies erfordert sofortige Maßnahmen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und den Weg zu einer nachhaltigen Friedenslösung zu ebnen. Wir bitten die Delegierten des Bundeskongresses der DFG-VK, diesen Antrag zu unterstützen und damit ein starkes Zeichen für Frieden, Menschenrechte und Gerechtigkeit zu setzen.

---

<sup>1</sup> [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(24\)01169-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(24)01169-3/fulltext) (Juli 2024)